

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung
(18. Ausschuss)**

- 1. zu dem Antrag der Abgeordneten Axel Knoerig, Albert Rupprecht (Weiden), Michael Kretschmer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Peter Röhlinger, Patrick Meinhardt, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP
– Drucksache 17/1757 –**

**Brücken bauen – Grundlagenforschung durch Validierungsförderung der
Wirtschaft nahebringen**

- 2. zu dem Antrag der Abgeordneten René Röspel, Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
– Drucksache 17/1958 –**

**Innovationslücke schließen – Zügig ein tragfähiges Konzept zur Stärkung der
Innovations- und Validierungsforschung vorlegen**

A. Problem

Innovationen sind Grundlage des technischen Fortschritts und Motor für Wachstum und Beschäftigung. Die Ergebnisse der Forschung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Quelle für neue Ideen für Verfahren, Produkte und Dienstleistungen werden in Deutschland – gemessen an der hohen Innovationskraft des Landes – noch zu wenig genutzt. Innovative Forschungsergebnisse sollten jedoch frühzeitig auf ihre wirtschaftliche Nutzbarkeit hin untersucht (validiert) und weiterentwickelt werden.

B. Lösung

Zu Nummer 1

Die Fraktionen der CDU/CSU und FDP fordern die Bundesregierung auf, die im Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP vorgesehene Aufstockung der Haushaltsmittel für den Bereich Bildung und Forschung um 12 Mrd. Euro in den Jahren 2010 bis 2013 u. a. dafür einzusetzen,

- die Hightech-Strategie im Sinne der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP strategisch weiterzuentwickeln und dabei neue Impulse für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und den Wissens- und Technologietransfer zu geben,
- mit einer neuen Fördermaßnahme den in Deutschland vorhandenen Bedarf an einer breiten Validierungsförderung zu decken und die Umsetzung dieser Maßnahme unbürokratisch und ohne den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen zügig anzugehen,
- die Validierungsförderung technologieoffen auszugestalten, auf die Potenziale in der akademischen Forschung auszurichten und dabei das Wissen markterfahrener Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft einzubeziehen,
- die Wirkung des Instruments und die Ergebnisse der Validierungsförderung künftig in den Bundesbericht Forschung einfließen zu lassen,
- die Anschlussfähigkeit zu den Fachprogrammen der Bundesregierung für die Phase der nachfolgenden Verwertung sicherzustellen, dabei auch bestehende themenspezifische Aktivitäten der Validierungsförderung zu berücksichtigen sowie das gesamte System des Wissens- und Technologietransfers im Blick zu halten.

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1757 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Zu Nummer 2

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden,

- das Konzept der Fördermaßnahme „Validierung des Innovationspotenzials wissenschaftlicher Forschung – VIP“ dahingehend zu überarbeiten, dass das eigentliche Ziel, die Einrichtung und Institutionalisierung eines themenoffenen Prüfungs- und Validierungsprozesses zum Nachweis der kommerziellen Nutzbarkeit von Forschungsergebnissen (Validierung) tatsächlich erreicht werden kann,
- hierbei auf den umfangreichen Vorarbeiten aus der letzten Legislaturperiode aufzubauen und insbesondere das Konzept eines von einer externen Validierungsagentur bewirtschafteten Fonds weiter zu verfolgen,
- für die Implementierungsphase sich exemplarisch auf wenige, dynamische Forschungsfelder zu konzentrieren,
- bei der Erarbeitung des Konzeptes vor allem auf das Wissen von markterfahrenen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zu setzen,
- das neue Förderinstrument regelmäßig und fortlaufend zu evaluieren und dem Deutschen Bundestag hierzu spätestens zwei Jahre nach Einführung eines solchen Instrumentes Bericht zu erstatten.

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1958 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Annahme des Antrags auf Drucksache 17/1958 und Ablehnung des Antrags auf Drucksache 17/1757.

D. Kosten

Für den Zeitraum 2010 bis 2013 wurden von der Bundesregierung in der Finanzplanung 32 Mio. Euro veranschlagt. Darüber hinaus wurden Kosten im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

- a) den Antrag auf Drucksache 17/1757 anzunehmen;
- b) den Antrag auf Drucksache 17/1958 abzulehnen.

Berlin, den 16. Juni 2010

Der Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung

Ulla Burchardt
Vorsitzende

Axel Knoerig
Berichterstatter

René Röspel
Berichterstatter

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Axel Knoerig, René Röspel, Dr. Martin Neumann (Lausitz), Dr. Petra Sitte und Krista Sager

I. Überweisung

Zu Nummer 1

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1757** in seiner 43. Sitzung am 20. Mai 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Rechtsausschuss, den Finanzausschuss, den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Zu Nummer 2

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1958** in seiner 46. Sitzung am 10. Juni 2010 beraten und an den Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung zur federführenden Beratung und an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie sowie an den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlagen

Zu Nummer 1

In dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1757 wird festgestellt, dass Forschung und Innovation in der Zeit der globalen wirtschaftlichen Krise eine Schlüsselrolle komme. Das nationale Innovationssystem Deutschlands sei durch vielfältige Interaktionen zwischen den Akteuren auf unterschiedlichen Ebenen charakterisiert. Die Qualität der öffentlich finanzierten Forschung sei eine ausgewiesene Stärke dieses Systems. Allerdings würden die Ergebnisse der Forschung von Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Quelle für neue Ideen für Verfahren, Produkte und Dienstleistungen noch zu wenig genutzt.

Die Bundesregierung soll nach dem Antrag aufgefordert werden, die im Koalitionsvertrag vorgesehene Aufstockung der Haushaltsmittel für den Bereich Bildung und Forschung um 12 Mrd. Euro in den Jahren 2010 bis 2013 u. a. dafür einzusetzen,

- die Hightech-Strategie im Sinne der Koalitionsvereinbarung zwischen CDU, CSU und FDP strategisch weiterzuentwickeln und dabei neue Impulse für innovationsfreundliche Rahmenbedingungen und den Wissens- und Technologietransfer zu geben,
- mit einer neuen Fördermaßnahme den in Deutschland vorhandenen Bedarf an einer breiten Validierungsförderung zu decken und die Umsetzung dieser Maßnahme unbürokratisch und ohne den Aufbau neuer Verwaltungsstrukturen zügig anzugehen,
- die Validierungsförderung technologieoffen auszugestalten, auf die Potenziale in der akademischen Forschung

auszurichten und dabei das Wissen markterfahrener Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft einzubeziehen,

- die Wirkung des Instruments und die Ergebnisse der Validierungsförderung künftig in den Bundesbericht Forschung einfließen zu lassen,
- die Anschlussfähigkeit zu den Fachprogrammen der Bundesregierung für die Phase der nachfolgenden Verwertung sicherzustellen, dabei auch bestehende themenspezifische Aktivitäten der Validierungsförderung zu berücksichtigen sowie das gesamte System des Wissens- und Technologietransfers im Blick zu halten.

Zu Nummer 2

In dem Antrag der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1958 wird festgestellt, dass die großen Stärken der deutschen Wissenschafts- und Forschungslandschaft vor allem in der Vielfalt leistungsstarker Forschungsorganisationen, Universitäten und Hochschulen, Ressortforschung und auch Industrieforschung lägen. Dennoch belegten aktuelle Untersuchungen zur technologischen Leistungsfähigkeit, dass Deutschland im internationalen Technologiewettbewerb seine Position stärken und neue Wege zur Steigerung der Innovationsfähigkeit gehen müsse. Erforderlich seien hierbei insbesondere verbesserte Voraussetzungen beim Transfer der erfolgreichen Grundlagenforschung in erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen. Der Transfer wichtiger Ergebnisse der Grundlagenforschung in erfolgreiche Produkte und Dienstleistungen gelinge in Deutschland gemessen an seiner hohen Innovationskraft nur unzureichend.

Die Bundesregierung soll nach dem Antrag aufgefordert werden,

- das Konzept der Fördermaßnahme „Validierung des Innovationspotenzials wissenschaftlicher Forschung – VIP“ dahingehend zu überarbeiten, dass das eigentliche Ziel, die Einrichtung und Institutionalisierung eines themenoffenen Prüfungs- und Validierungsprozesses zum Nachweis der kommerziellen Nutzbarkeit von Forschungsergebnissen (Validierung) tatsächlich erreicht werden kann,
- hierbei auf den umfangreichen Vorarbeiten aus der letzten Legislaturperiode aufzubauen und insbesondere das Konzept eines von einer externen Validierungsagentur bewirtschafteten Fonds weiter zu verfolgen,
- für die Implementierungsphase sich exemplarisch auf wenige, dynamische Forschungsfelder zu konzentrieren,
- bei der Erarbeitung des Konzeptes vor allem auf das Wissen von markterfahrenen Experten aus Wissenschaft und Wirtschaft zu setzen,
- das neue Förderinstrument regelmäßig und fortlaufend zu evaluieren und dem Bundestag hierzu spätestens zwei Jahre nach Einführung eines solchen Instrumentes Bericht zu erstatten.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Zu Nummer 1

Der **Rechtsausschuss**, der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** und der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** haben jeweils mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmhaltung der Fraktion DIE LINKE. empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1757 anzunehmen. Die mitberatenden Voten des **Finanzausschusses** und des **Haushaltsausschusses** lagen beim Abschluss der Beratung des federführenden Ausschusses nicht vor.

Zu Nummer 2

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 17/1958 abzulehnen. Die mitberatenden Voten des **Haushaltsausschusses**, und des **Ausschusses für Gesundheit** lagen beim Abschluss der Beratung des federführenden Ausschusses nicht vor.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung** hat die Vorlagen in seiner 16. Sitzung am 16. Juni 2010 beraten und beschlossen zu empfehlen:

Annahme des Antrags der Fraktionen der CDU/CSU und FDP auf Drucksache 17/1757 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD auf Drucksache 17/1958 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Die **Fraktion der CDU/CSU** betonte, dass eine Förderung der Validierungsforschung in Deutschland notwendig sei und Forschungsergebnisse am Innovationsstandort noch stärker als bisher umgesetzt werden sollten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) wolle im Rahmen der Hightech-Strategie erreichen, dass Forschungsergebnisse aus der öffentlichen Grundlagenforschung hinsichtlich ihrer technischen Umsetzbarkeit und des wirtschaftlichen Potenzials überprüft werden könnten. Die Lücke zwischen akademischer Forschung und wirtschaftlicher Verwertbarkeit solle im Sinne eines Technologietransfers geschlossen werden. Die Validierungsforschung habe als Projektförderung Pilotcharakter, indem sie schnell und unbürokratisch umgesetzt werde. Im Mai habe das BMBF die Fördermaßnahme „Validierung des Innovationspotenzials wissenschaftlicher Forschung“ (VIP) gestartet. Die hierzu ergangenen Förderrichtlinien seien ein erster Meilenstein zur Weiterentwicklung der Hightech-Strategie. Bei diesem „Schnittstellen-Management“ zwischen Wissenschaft und Wirtschaft sei zum einen zu berücksichtigen, dass Wissenschaftlern häufig die Ressourcen und das weitere wissenschaftliche Interesse fehlten, die wissenschaftliche Nutzbar-

keit von Forschungsergebnissen zu prüfen. Zum anderen sei in diesem Stadium das Risiko für die Wirtschaft zu hoch, um die Ideen aufzugreifen und eine andere Finanzierung zu starten. Durch Validierung solle eine Brücke zwischen Innovation und Erfindung gebaut werden. Langfristig führe dieser Prozess zu Ausgründungen, zu neuen Produkten und in bestimmten Branchen auch zu neuen Patenten. Die Qualität von Produkten werde besser und dies wirke sich positiv auf die Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft aus. Hierdurch könne ein Paradigmenwechsel herbeigeführt werden.

Das VIP sei breit angelegt und technologieoffen. Es sei auf die akademische Forschung hin so ausgerichtet, wie es die Expertenkommission Forschung und Innovation (EFI) empfohlen habe. Auf Projektebene werde auf Innovationsmentoren zwischen Wissenschaft und Wirtschaft zurückgegriffen. Auf der Ebene der Fördermaßnahmen würden Gutachter mit Wirtschafts- und Innovationswissen mit einbezogen. Zudem erfolge eine Darstellung im Bundesbericht Forschung und Innovation und es würden Best-Practice-Modelle der Validierung besonders herausgestellt.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass Validierung bedeute, relativ zeitnah in einem überschaubaren, stark ergebnisorientierten Prozess zu prüfen, ob ein technisches Verfahren, eine Erfindung oder ein Forschungsergebnis kommerzialisierbar sei, ob es also eine Marktchance habe, dies in ein Produkt umzusetzen. Es gehe darum, diese Innovationslücke zu schließen. Die Fraktion der SPD halte hierfür eine externe Validierungsagentur für sinnvoll. Hierbei handele es sich um eine objektive, neutrale Stelle, die die notwendigen Bewertungen professionell vornehmen könne.

Es treffe zwar zu, dass den Wissenschaftlern – wie dies auch in der Förderrichtlinie des VIP ausgeführt werde – in der Regel die Ressourcen fehlten, um derartige Prozesse umzusetzen. Häufig fehlten ihnen jedoch auch die Kenntnisse, die Erfahrung und mitunter auch die dafür notwendige Härte. Deshalb halte die Fraktion der SPD das Angebot eines externen Partners für den richtigen Weg, den Validierungsprozess zu begleiten. Nach der o. g. Förderrichtlinie solle ein Innovationsmentor, der auf Vorschlag des Projektantragstellers benannt werden solle, den Prozess begleiten. Dies verursache für die Forscher einen zusätzlichen Aufwand. Zudem sollen die Innovationsmentoren nach den Vorstellungen des BMBF offenbar ehrenamtlich tätig sein und lediglich eine Aufwandsentschädigung erhalten. Bei VIP werde der antragstellende Forscher insgesamt nicht entlastet, sondern tendenziell mit zusätzlicher Bürokratie belastet. Um die förderungswürdigsten Projekte zu ermitteln, werde ein „relatives“ Verfahren angewandt, wonach ein Gutachterkreis einen bestimmten Anteil der förderungswürdigsten Ergebnisse ermitteln solle. Dieses Konzept sei nach Auffassung der Fraktion der SPD nicht innovativ und entspreche im Wesentlichen der herkömmlichen Projektförderung. Der Antrag der Koalitionsfraktionen sei insgesamt nicht geeignet, die bestehende Innovationslücke zu schließen.

Die **Fraktion der FDP** stellte fest, dass es um das richtige Konzept gehe, um diese Lücke zu schließen. Der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP zeige hier den richtigen Weg zu diesem Ziel auf. Einer externen Validierungsagentur, wie sie im Antrag der Fraktion der SPD vorgeschlagen werde, stehe man kritisch gegenüber, weil er zu zusätzlicher Bürokratie führe. Hierdurch würden letztlich Doppelstruktu-

ren geschaffen. Die Fraktion der FDP wolle jedoch mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln den Verwaltungsaufwand möglichst gering halten, um diese sinnvoller und wirkungsvoller einsetzen zu können. Mit den Vorschlägen der Koalitionsfraktionen sei eine flexible Handhabung und eine bedarfsorientierte Steuerung der Validierung gewährleistet. Das Instrument der Validierungsförderung sei ein Meilenstein zur Weiterentwicklung der Hightech-Strategie im Bereich des Wissens- und des Technologietransfers.

Die **Fraktion DIE LINKE.** bezeichnete den Antrag der Koalitionsfraktionen als „Schaufensterantrag“, da darin eine Praxis beschrieben werde, die bereits auf der Internetseite des BMBF nachzulesen sei. Für die Frage, wie Validierungsforschung praktikabel erfolgen könne, enthalte der Antrag der Fraktion der SPD das sinnvollere Konzept. Es sei besser, die Validierung aus der üblichen Programmförderung herauszunehmen und dadurch dieses Instrument flexibler zu gestalten. Die Arbeit einer Validierungsagentur könne u. a. auch zur Entstehung eines verstärkten Problembewusstseins in der Forschung führen. Demgegenüber führten die Vorstellungen der Koalitionsfraktionen zu einer weiteren Belastung der Forscherinnen und Forscher in der Grundlagenforschung und in der anwendungsorientierten Forschung.

Als Kritikpunkt gegenüber beiden Anträgen sei festzustellen, dass sie keine Aussagen über eine Finanzierungsbeteiligung der Wirtschaft enthielten. Dies müsse auch vor dem Hintergrund einer unterschiedlichen Eigenkapitalausstattung von großen bzw. kleinen und mittelständischen Unternehmen diskutiert werden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** erklärte, es sei grundsätzlich richtig, sich stärker mit dem Thema Validierungsforschung zu befassen. Allerdings vermittele der Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP den Eindruck, dass der Validierungsforschung qualitativ keine andere Funktion als Transferprogrammen in der Hightech-Strategie oder Programmen zur Förderung der Kooperation zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beigemessen werde. Eine wirkliche Abgrenzung gegenüber anderen Transfer-Programmen sei nicht möglich.

Es sei nicht der richtige Ansatz, dass Grundlagenforscher einen Mentor suchen müssten und letztlich dazu aufgefordert würden, die Wahrscheinlichkeit einzuschätzen, dass ihr Projekt später als Best-Practice-Beispiel ausgezeichnet werde. Die EFI habe erläutert, dass es sich bei der Validierungsforschung um sog. High-Risk-Projekte handele, bei denen die Chancen vorab definitiv nicht eingeschätzt werden könnten. Aus diesem Grund werde man dem Antrag der Fraktion

der SPD zustimmen. Das darin enthaltene Konzept sei u. a. deshalb vorzugswürdig, weil der Schutz von Patenten und Urheberrechten voraussichtlich besser gewährleistet werde.

Der **Vertreter der Bundesregierung** vertrat die Auffassung, mit dem Antrag der Koalitionsfraktionen werde ein weiterer Impuls zur Erarbeitung eines Konzepts zur Validierungsforschung gesetzt. Derzeit würden bereits erste Beratungsgespräche geführt. Im Mai sei die Fördermaßnahme VIP gestartet worden, deren Ziel es sei, die Ergebnisse aus der öffentlichen Grundlagenforschung hinsichtlich der technischen Machbarkeit und hinsichtlich des wirtschaftlichen Potentials zu überprüfen. Erst danach gehe es darum, das Entwickelte in Richtung Anwendung zu bringen. Man wolle die Lücke zwischen der akademischen Forschung und einer denkbaren wirtschaftlichen Verwertung schließen. Eine Finanzierungsbeteiligung der Wirtschaft komme in diesem frühen Stadium nicht in Betracht, zumal es um High-Risk-Projekte gehe.

Beim VIP gehe es um ein breit angelegtes Pilotprojekt, in das Innovationsmentoren mit einbezogen würden. In ersten Beratungsgesprächen habe man damit positive Erfahrungen gemacht. Entgegen der Darstellung der Oppositionsfraktionen werde hier kein „Windhundverfahren“ praktiziert, sondern es gehe um Einzelfallentscheidungen unter Einbeziehung eines Gutachterkreises.

Die Thematik sei bereits in der vergangenen Wahlperiode diskutiert worden. Damals habe man keinen Konsens erreichen können, weil die Fraktion der SPD die Projektsteuerung in die gemeinsame Verantwortung des Antragstellers und des Projektpaten, also des Innovationsmentors, habe geben wollen. Dies sei rechtlich nicht möglich und auch in der Sache nicht sinnvoll. Der jetzt vorliegende Antrag der Fraktion der SPD sei abzulehnen, weil eine externe Validierungsagentur zu zusätzlicher Bürokratie und auch zur Schaffung von Doppelstrukturen führen würde. Im Verhältnis zu den insgesamt veranschlagten Haushaltsmitteln würde hierdurch ein ungerechtfertigt hoher Verwaltungsaufwand entstehen. Auch der Vorschlag der Fraktion der SPD, eine inhaltliche Konzentration auf nur wenige Forschungsfelder vorzunehmen, sei abzulehnen. Dies widerspreche nämlich der auch im EFI-Gutachten geforderten Themenoffenheit. Nur so könnten alle Potenziale der Grundlagenforschung berücksichtigt werden. Für den Zeitraum 2010 bis 2013 habe man in der Finanzplanung 32 Mio. Euro veranschlagt. Man sei dabei, das Begutachtungsgremium einzurichten. Dies werde von Frau Professor Friederike Welter (Universität Siegen und Jönköping International Business School) geleitet.

Berlin, den 1. Juli 2010

Axel Knoerig
Berichterstatter

René Rösper
Berichterstatter

Dr. Martin Neumann (Lausitz)
Berichterstatter

Dr. Petra Sitte
Berichterstatterin

Krista Sager
Berichterstatterin

